

(Sekretär Fleißner.)

(A) Entwicklung durch Verweigerung des gleichen allgemeinen Wahlrechts nehmen. Wir haben das wiederholt dargelegt. Es ist aber immer wieder darauf hingewiesen worden, daß auch tatsächlich nach der Richtung hin Sie sich mit Ihren eigenen Argumenten schlagen. Wir wollen, daß das Wahlrecht so gestaltet ist, daß der allgemeine Wille des Volkes darin zum Ausdruck kommt. Wir wollen, daß der Wille des Volkes höchstes Gesetz sei, ohne Unterschied der Person, ausgehend von dem Standpunkte: Gleiches Recht für alle. Wir sind der Meinung, daß die Staatsverwaltung auch im bürgerlichen Staate ihre Aufgabe nicht darin erblickt, das Volk zu beherrschen, sondern daß die Staatsverwaltung von dem Gesichtspunkte aus zu gestalten ist, daß sie eine Instanz zur Verwaltung der Angelegenheiten des Volkes ist und daß die Angelegenheiten des Volkes so zu verwalten sind, wie das Volk es selber wünscht und wie es in den Parlamenten durch die durch ein allgemeines Wahlrecht gewählte Vertretung zum Ausdruck kommt. Das sind die prinzipiellen Gesichtspunkte, von denen aus wir das allgemeine Wahlrecht fordern.

(B) Meine Herren! Auf die Dauer werden Sie uns die Forderung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes nicht verweigern können, wenn Sie nicht Zustände herbeiführen wollen, die, wie gesagt, mehr oder weniger zu Erschütterungen des ganzen Gesellschaftskörpers führen.

(Hört, hört! rechts.)

Glauben Sie nicht, daß wir noch in der Zeit leben, wo die Arbeiterschaft im Notfalle mit Militär und Kanonen klein gekriegt werden könnte. Die Zeiten sind vorbei! Die Arbeiterschaft ist heute politisch so geschult und aufgeklärt, daß sie andere Mittel anzuwenden weiß, wenn Not an Mann kommt. Welche Rolle heute der produktiv tätige Arbeiter im Wirtschaftsleben spielt, das könnte Ihnen der Vorgang zeigen, der sich gegenwärtig in England abspielt.

(Sehr wahr!)

Eine Million streikender Arbeiter ist eine Gefahr für die bestehende Gesellschaftsordnung.

(Abg. Dpiß: Die Sie heraufbeschwören!)

Herr Abg. Dpiß, das ist kein Geheimnis, das ist ganz natürlich. Es zeigt, wie die Arbeiter in der Masse wirken können, wenn man ihnen die vitalsten

Forderungen verweigert. Das ist ein ganz legaler Vorgang. Das ist ein Vorgang, der die Arbeiter keineswegs zu Leuten stempeln kann, die etwas Gewalttames tun wollen. Die Arbeitsverweigerung ist das gute Recht des Arbeiters, und sie wird es nach wie vor bleiben. Sie werden niemals ein Gesetz schaffen können, das den Arbeiter zwingt, in allen Situationen des Lebens zu arbeiten. Sie werden niemals gesetzlich bestimmen können, daß solche Fälle nicht eintreten. Dieser Krieg der Arbeiter kann zu Verhältnissen führen, die für die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung selbst außerordentlich unangenehm werden können.

Ich muß auf diese Dinge hinweisen, da ja selbstverständlich die ganze Entwicklung diesen Gang geht, naturgemäß gehen muß und weil die gegenwärtig herrschenden Klassen alle Veranlassung haben, sich einmal nach der Richtung hin die Dinge ganz genau zu überlegen. Je mehr politische und wirtschaftliche Aufklärung unter den Arbeitern verbreitet wird, je mehr die große Masse der Arbeiter ein Körper, ein aktionsfähiger Körper wird, desto mehr werden wir allen unseren politischen und wirtschaftlichen Forderungen Nachdruck zu geben vermögen. Wenn die herrschende Klasse klug und einsichtsvoll handeln will, wenn sie solche Zustände vermeiden will, muß sie zum Teil mit aus reinem Selbsterhaltungstrieb heraus diese wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter erfüllen. Sie betrachten die Wahlrechtsfrage als Zweckmäßigkeitsfrage, als pure Machtfrage. Sie sollten sie aber auch als eine Klugheitsfrage betrachten. Doch so oder so wird unsere Wahlrechtsforderung mehr und mehr Nachdruck erhalten, je mehr die Entwicklung vorwärts schreitet. Meine Herren! Ich weiß, was Sie im Augenblicke denken: „Was für einen Zweck hat es denn, daß ihr gegenwärtig einen solchen Antrag stellt? Es wird ja doch nicht darauf eingegangen. Die Regierung und ebenso die bürgerlichen Parteien lehnen es ab.“ Wir haben uns gar nicht eingebildet, daß Sie heute erklären werden: „Gut, ihr sollt das allgemeine Wahlrecht in Sachsen haben.“ Nein, meine Herren, aber das kann ich noch einmal versichern: so oft Sie dies ablehnen werden, so oft werden wir wiederkommen, und wir werden mit größerem Nachdruck wiederkommen. Ich möchte Sie auf ein Wort hinweisen, das der geniale Agitator Lassalle seinerzeit den Wahlrechtskämpfern der 60er Jahre gesagt hat: